

SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/115

21. Juni 1974

Ansporn zur Verwirklichung der Chancengleichheit

Zur Einsetzung der Enquête-Kommission "Frau und Gesellschaft"

Von Dr. Helge Timm MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Umweltpolitik und Sachverstand

Drei Jahre Hessischer Beirat für Umwelt

Von Hans Kröllmann
Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Seite 3 und 4 / 46 Zeilen

Mißbrauch mit menschlichem und politischem Anstand

Wie die CDU aus der Redlichkeit des Konkurrenten Kapital schlagen möchte

Von Fritz Sängler

Seite 5 und 6 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 98

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Ansatz zur Verwirklichung der Chancengleichheit

Zur Einsetzung der Enquête-Kommission "Frau und Gesellschaft"

Von Dr. Helge Timm MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

In dieser Woche wurde die Enquête-Kommission "Frau und Gesellschaft" von der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Annemarie Renger, konstituiert. Die Kommission hat den Auftrag, Empfehlungen für die rechtliche und soziale Gleichberechtigung der Frau in unserer Gesellschaft zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag vorzulegen.

Die Einsetzung dieser Kommission wurde von der Opposition beantragt. Die SPD-Fraktion hat diesem Antrag zugestimmt, obwohl sie der Meinung ist, daß die sozial-liberale Koalition auch ohne dieses besondere Gremium für die Verbesserung der Situation der Frau in unserer Gesellschaft eintritt, wie sie es seit 1969 getan hat. Eine Reihe von Initiativen, wie zum Beispiel die Öffnung der Rentenversicherung auch für Hausfrauen (im Rahmen der Rentenversicherungsreform, wobei die Opposition das von der SPD/FDP geplante Babyjahr für Frauen verhindert hat), die Reform des Ehe- und Familienrechts, die Reform des Strafrechtsparagrafen 248 und im Zusammenhang damit die mit dem Strafrechtsreformergänzungsgesetz geplanten Maßnahmen, sind Verbesserungen, die die sozial-liberale Koalition und die von ihr getragene Regierung realisiert haben.

Auch der gesetzliche Unfallchutz für Eltern, die ihre Kinder in den Kindergarten bringen, sowie der Unfallchutz für Kindergarten- und Schulkinder selbst und auch die Möglichkeit, daß berufstätige Elternteile Urlaub erhalten, wenn ein Kind erkrankt ist, daß sie Anspruch auf Hauspflege haben, wenn sie ins Krankenhaus oder zur Kur müssen, sind Gesetze für die Frau, die die sozial-liberale Koalition initiiert und durchgesetzt hat, und sie wird konsequent weiter daran arbeiten, die Chancen der Frauen zu verbessern.

Die Einsetzung der Kommission ist aber insofern zu begrüßen, als das Engagement des Parlaments in dieser Frage unspornend für alle wirken

kann, die Hemmnisse abzubauen, die der Verwirklichung der Chancengleichheit, insbesondere auch auf sozialem Gebiet noch immer entgegenstehen. Deshalb wird die SPD-Fraktion die Kommission unterstützen und knüpft hohe Erwartungen an deren Arbeit. Die Zusammensetzung der Kommission rechtfertigt diese Erwartungen. Es gehören ihr fünf Mitglieder des Deutschen Bundestages und fünf Sachverständige an.

Die in die Kommission berufenen Sachverständigen sind für diese Aufgabe besonders qualifiziert: Frau Prof. Dr. Helge Pross (Universität Gießen), die durch zahlreiche soziologische Untersuchungen zur Stellung der Frau in der Gesellschaft bekannt ist; Frau Inge Sollwedel (Journalistin und Vorsitzende der FDP-Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt), die in ihren Arbeiten für den Abbau der immer noch bestehenden Vorurteile eintritt; Prof. Dr. Dieter Giesen (FU Berlin), Jurist und Sachkenner auf dem Gebiet Familienrecht; Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (Universität Frankfurt), Mitglied der Sachverständigenkommission für ein Sozialgesetzbuch beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung; Prof. Dr. Franz Pöggeler (Pädagogische Hochschule Aachen), Mitarbeiter am Familienbericht 1974.

Die Fraktion der SPD hat Hermann Rappe und mich benannt, die FDP-Fraktion Herbert Christ und die CDU/CSU-Fraktion Frau Ursula Schleicher und Dr. Wolfgang Schäuble. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde ich zur Vorsitzenden gewählt. Frau Schleicher wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

In der Kommission sind engagierte Frauen vertreten. Man hat jedoch Wert darauf gelegt, hier kein reines Frauengremium zu schaffen, denn das Dilemma reiner "Frauenvereine" ist ja gerade, daß sie aufgrund der bestehenden Vorurteile Gefahr laufen, nicht ernst genommen zu werden.

(-/21.6.1974/ks/pr)

+ + +

Umweltpolitik und Sachverstand

Drei Jahre Hessischer Beirat für Umwelt

Von Hans Krollmann

Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Dem im Sommer 1971 beim hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt zu seiner Beratung bei der Lösung fachlicher Probleme des Umweltschutzes gebildeten hessischen Beirat für Umwelt gehören derzeit 29 persönlich berufene Mitglieder an. Davon wurden je ein Mitglied von den drei im hessischen Landtag vertretenen politischen Parteien und neun Mitglieder von Verbänden und Organisationen benannt; weitere neun sind Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, und acht Mitglieder kommen aus Wirtschaft und kommunalen Vereinigungen.

In den knapp drei Jahren seit seiner Berufung hat der hessische Beirat für Umwelt in zwölf Sitzungen zu zahlreichen Themen und Vorlagen beraten, die in mehr als 70 Sitzungen seiner fachlich spezialisierten acht Arbeitsgruppen vorbereitet wurden. Daraus resultierten - neben vielen direkten Gesprächen mit meinen Mitarbeitern und mir - 25 vom Plenum des Beirats förmlich verabschiedete Empfehlungen. deren Thematik so vielfältig ist, wie die Palette der Aufgaben im Umweltschutz.

Wenn sachverständiger Rat nicht nur eine Alibi-Funktion erfüllen soll, darf er nicht in "Schubladen der Amtsstuben" verschwinden. Darum wurden alle Empfehlungen des Beirats zunächst veröffentlicht. Damit wird die Durchsetzung umweltpolitischer Zielsetzungen wesentlich unterstützt, und zwar sowohl bei der Fassung politischer Entscheidungen wie bei der Durchsetzung von Rechtsvorschriften "vor Ort", aber auch bei der Bewusst-

seinebildung beim Bürger. Jede einzelne Empfehlung wird aber auch von mir dahingehend überprüft, welche politischen und administrativen Konsequenzen ich daraus ziehen sollte. Das ist nicht immer einfach, denn selbst die Formen, wie sachverständiger Rat eines solchen Beirats für die Umweltpolitik wirksam gemacht werden kann, sind nicht eingeführt und müssen schrittweise erprobt und abgetestet werden. Dabei bauen sich - das ergibt sich aus der Problematik des Umweltschutzes - vielfältige administrative und politische Widerstände auf. Sie sind allein sachlich auszuschüttern, auch dann, wenn eine Angelegenheit bereits so weit fortgeschritten ist, daß in der öffentlichen Diskussion emotionale, polemische oder lokalpolitische Argumente vorherrschen.

Der sachverständige Rat des Umweltbeirats kann nicht immer und er muß auch nicht bequem sein; oft deckt er sich mit Intentionen von Bürgerinitiativen, oft richtet er sich gegen die Verwaltung. Damit wirkt der Beirat als ein gewisses Korrektiv für Politik und Verwaltung in der Umweltpolitik.

In diesem gewollten, von mir durchaus positiv beurteilten Sinne, verdanke ich dem hessischen Beirat für Umwelt manche Anregungen, Unterstützungen und Hilfen bei meiner politischen Tätigkeit; dies gilt allgemein und grundsätzlich etwa zur Problematik des Umweltschutzes im Verdichtungsgebieten oder zur Lebensmittelüberwachung. Dies gilt aber auch ganz konkret, um nur einige weitere Themen zu nennen, etwa zum Einsatz von Hubschraubern bei der Pestizidausbringung, zum Vorhaben Motodrom Schottenring im Naturpark Hoher Vogelsberg oder zur vielumstrittenen Linienführung einer Umgehungsstraße B 42 Eltville/Balluf. (-/ 21.6.1974/bgy/or)

Mißbrauch mit menschlichem und politischem Anstand

Wie die CDU aus der Redlichkeit des Konkurrenten Kapital schlagen möchte

Von Fritz Sanger

Die Christlich-Demokratische Union in Schleswig-Holstein hat ein Dokument eines politischen Charakters veroffentlicht, das niemand übersehen sollte, der ein zutreffendes Bild von den Voraussetzungen haben möchte, welche die politischen Gruppierungen in Deutschland zum Beweis ihres Wollens und Könnens mitbringen.

Der Vorgang ist kurz dieser: Die Sozialdemokraten im nördlichsten Bundesland wählen am 23. Juni in Bad Segeberg auf einem Parteitag den Kandidaten ihrer Partei, der nach einem erfolgreichen Wahlgang für den Landtag, der 1975 bevorsteht, die Bildung einer Regierung im Land vornehmen soll. Er muß, so meinen die Sozialdemokraten, der beste Mann sein. Sie haben den Flensburger Klaus Matthiesen für diese Aufgabe in Aussicht genommen. Er ist 33 Jahre jung und war bisher Studienleiter in Flensburg, wozu er die Befähigung durch ein Studium an der Fachhochschule in Kiel erworben hat. Das Studium der Theologie, das er sich gewünscht hatte, konnten die mittellosen Eltern nicht finanzieren. Sein Praktikum als Sozialbetreuer absolvierte er in den Betheler-Anstalten. Dann praktizierte er Hilfe für den Menschen in der politischen Arbeit und wurde (1964) Mitglied der SPD. Er wußte nicht nur viel, er bewies Bildung und menschliche Qualitäten. So wurde er zum Mitglied des Landesvorstands und zum Oppositionsführer im Kieler Landtag gewählt - jung und bewährt.

In kritischer Selbstbetrachtung hat er diesen Lebensweg seinen Freunden dargelegt, die darüber zu entscheiden haben, ob sie in ihm den künftigen Ministerpräsidenten des Landes respektieren wollen. Er hat auf seine Jugend hingewiesen und darauf, daß er keine Erfahrung in der Verwaltung habe und weder ein "Amt" noch eine "Position" vorzeigen könne. Er hat auch kritisch die Situation der SPD im Lande analysiert. Dies alles zusammengefügt zu einem Bilde seiner Möglichkeiten und seines Könnens. Nur auf die menschlichen Qualitäten, über die er verfügt, wies er nicht hin. Die Redlichkeit der Analyse erlaubte dies nicht.

Matthiesen schrieb dies alles in einem vertraulichen Schreiben, das seine Parteifreunde erhielten, die ihn wählen wollen oder nicht. Die CDU,

die seit langem und wohl aus Mangel an eigenen positiven Leistungen nicht ungern weitgehend von Geheimnisverrat und von persönlichen Diffamierungen lebt, bekam ein solches Schreiben in die Hand und zog Schlüsse nach ihrer Art: ungeeignet für den Posten! Als ob der amtierende Ministerpräsident Stoltenberg, bevor er die Aufgabe in Kiel übernahm, auch nur nennenswerte Verwaltungserfahrungen gehabt hätte, als ob er damals bereits eine reifere Altersstufe hätte vorweisen können, als ob nicht auch er ehrlich genug gewesen wäre, die Lage und Haltung seiner Partei in jenen Jahren kritisch zu beurteilen. Matthiesen hat mit seinem Rundschreiben an die Freunde, die ihn als Kandidaten akzeptieren wollen, den Beweis hoher menschlicher Qualitäten erbracht, nicht zum erstenmal. Das ist bisher nicht allen gelungen, die in diesem Amte stehen, von Kiel bis Konstanz, über die Länder hin gesehen und gewertet.

Die CDU in Schleswig-Holstein macht nach, was ihre Schwesterpartei in Bayern so beharrlich für politische Arbeit hält. Aber Kampagnen, in denen der politische Gegner verunglimpft und seine höchst respektablen selbstkritischen Prüfungen als Beweis eines Mangels angeprangert werden, sind kein Ersatz für Alternativen, an denen es die CDU in Bund, Ländern und Gemeinden nur zu offensichtlich fehlen läßt. Was ist zum Beispiel der Untersuchungsausschuß im Bundestag, der den Fall Guillaume "klären" soll, anderes als ein Versuch, während der Sommermonate bis hin zu den Wahlen in Hessen und Bayern im Herbst ein Feuerchen zu unterhalten, auf dem eine Brühe von Verdächtigungen, Unterstellungen, Halbwahrheiten und Verfälschungen gekocht werden soll. Man braucht das für den Wahlkampf, weil die Unionsparteien mit aufgepeitschten Gefühlen und nicht mit Tatsachen Politik machen wollen. Was Klaus Matthiesen im politischen Gespräch mit seinen Freunden bezeugte, das steht turmhoch dem gegenüber, was eine um Macht besorgte politische Kleinigkeit daraus zu machen sich vergeblich bemühte.

(-/21.6.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller